

**SPD Kreisverband Rhein-Kreis Neuss
Ordentlicher Parteitag am 18.Juni 2011**

**Diskussionspapier und Leitantrag – Beschlossene Fassung
Zukunftsperspektiven für den Rhein-Kreis Neuss
Klimaschutz und Nachhaltige Politik für unsere Region**

vorgelegt vom Kreisverbands-Vorstand

1. Nachhaltige Politik

Der Bevölkerungsrückgang und demographische Entwicklung, Klimaschutz und Energiepolitik und Nachhaltigkeitsziele, das sind die großen Herausforderungen, denen sich auch kommunale Politik und Regionalpolitik stellen muss. Letztlich wird die „große“ Politik in ihren Auswirkungen vor Ort konkret erlebbar. Sie zeigt sich im Lebensalltag der Menschen. Es geht dabei um die Zukunftsfähigkeit von Kommunalpolitik, um kommunale Selbstverwaltung. Die vielfältigen Themen müssen vor Ort beachtet und beantwortet werden. Keine Stadt oder Gemeinde kann das aus sich heraus alleine bewältigen. Wir müssen darum auch mit unseren Nachbarn zusammenarbeiten und auch die regionalen Wechselwirkungen der eigenen Interessen beachten. Nachhaltige Politik bedeutet auch interkommunale Zusammenarbeit und regionale Abstimmung bei den wichtigen Zukunftsfragen.

2. Demographische Entwicklung

Das bedeutet für NRW einen Bevölkerungsrückgang von 650.000 Menschen bis zum Jahr 2025.

Die Entwicklung ist aber unterschiedlich: Während die Rheinschiene tendenziell gewinnt, verliert der ländliche Raum.

Eine gute Anbindung an die Rheinschiene ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass auch die Kommunen im Rhein-Kreis Neuss, die nicht direkt am Rhein liegen, den Anschluss nicht verlieren.

Die demographische Entwicklung verändert auch die Infrastrukturplanung für unsere Städte und Gemeinden. Die Schullandschaft verändert sich, die Kinderbetreuung wird Standortfaktor, gute Erreichbarkeit von Einzelhandel und kulturellen Angeboten gewinnen an Bedeutung. Haben immer neue Neubaugebiete eine Zukunft, rechnet sich das neue Gewerbegebiet auf der grünen Wiese? Wer trägt zukünftig die Infrastrukturkosten der Innenstädte, wenn dort immer weniger Menschen wohnen? Wie muss die Verkehrsinfrastruktur aussehen, die Mobilität gewährleistet, Fehlentwicklungen wie immer weitere Zersiedelung nicht fördert, aber auch den gewaltigen Verkehrszuwachs, insbesondere beim Güterverkehr bewältigt? Und wie geht Politik mit lokalen Widerständen gegen neue Infrastrukturprojekte um? Was ist der Maßstab: Gelingt noch eine Orientierung am Gemeinwohl, gelingt ein Interessenausgleich, der notwendige Projekte nicht blockiert?

Wir brauchen eine Stärkung der Innenstädte, eine Neubelebung der Stadtfunktionen. Wir müssen bei der Schaffung von Wohnraum und

Eigenheimen Schwerpunkte bilden. Flächenrecycling muss Vorrang vor neuem Flächenverbrauch haben. Auch im Rhein-Kreis Neuss gilt das Ziel des Nationalen Nachhaltigkeitsplanes den Flächenverbrauch zu reduzieren. Das bedeutet auch mehr interkommunale Abstimmung bei Gewerbegebieten und Siedlungsentwicklung. Wenn alle um die gleiche, sinkende Ressource kämpfen, verlieren alle und die Kosten steigen. Ein neues Verständnis für Politik ist zukünftig gefragt. Es muss verstärkt auf die Folgen und die Folgekosten geachtet werden. Sonst müssen immer weniger Menschen für steigende Infrastrukturkosten aufkommen.

3. Klimaschutz und Energiepolitik

Die atomare Katastrophe in Japan hat die Welt erschüttert und hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Energiepolitik in Deutschland.

Die SPD steht seit Jahrzehnten für einen Ausstieg aus der Atomenergie.

Sie hat unter der rot-grünen Bundesregierung die Energiewende begonnen und will diese nun konsequent fortsetzen. Der Atomausstieg ist dabei eine Wegmarke, der nun endlich auch CDU und FDP folgen.

Das verändert die Energiepolitik in Deutschland. Klimaschutz und Energiewende sind herausragende Themen, die sich auch auf den Energiestandort Rhein-Kreis Neuss auswirken. Es geht dabei um mehr als nur einen neuen Energiemix. Es geht um eine nachhaltige Wirtschaftspolitik und Energieversorgung, die sozial gerecht ist und zukunftsfähige neue Arbeitsplätze schafft.

Einfach so ist diese Energiewende nicht herbeizuführen. Erhebliche Hindernisse müssen überwunden werden, sowohl technische als auch wirtschaftliche.

Notwendig ist eine nationale Kraftanstrengung, zumal es einen gleichgearteten Umbau einer Industriegesellschaft noch nicht gegeben hat. Nichtsdestotrotz müssen wir uns von einem Wachstumsmodell verabschieden, welches auf billigem Geld und billiger Energie beruhte, Ressourcen unwiederbringlich verbrauchte und eine zerstörte Umwelt und noch tausend und mehr Jahre strahlenden Atommüll, dessen Entsorgung nach wie vor ungeklärt ist, hinterlässt.

Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und einer damit verbundenen Umstellung der Energiegewinnung ist es besonders wichtig, mögliche Einspar- und Effizienzpotenziale zu nutzen. Durch eine effizientere Nutzung der produzierten Energie senken wir nicht nur unseren Energiebedarf, sondern schonen auch unsere Ressourcen.

Besonders in vielen Gebäuden, bei elektrischen Geräten und der Wärmeversorgung, aber auch bei der Beleuchtung sind Effizienzsteigerungen möglich und kann Energie eingespart werden.

Sowohl der Bundestag, als auch einige der Landtage haben bereits ihre Stromversorgung auf Ökostrom umgestellt. Die SPD im RKN fordert in allen politischen Vertretungen und Gremien, dass sich die Städte und Gemeinden dieser Initiative anschließt. Es sollte hierbei sichergestellt werden, dass der Strom ausschließlich aus Erneuerbaren Energien gemäß der Vorgabe der europäischen Erneuerbare-Energien-Richtlinie stammt, mindestens zu einer CO₂-Einsparung von 30% führt. Bei der Entscheidung über den Zuschlag der Ausschreibung sollte zum einen der Preis, zum

anderen aber die Menge an eingesparten CO₂-Emissionen entscheidend sein. Die Ausschreibung sollte sich an der Musterausschreibung des Umweltbundesamts orientieren.

Auch im Rhein-Kreis Neuss brauchen wir einen Ausbau der Erneuerbaren Energien. 83 % der Bevölkerung wollen das auch. Ziel ist die konkrete Reduzierung des CO₂-Verbrauches im RKN. Wir wollen ein regionales **Energiekonzept für den Rhein-Kreis Neuss**. Eine Voraussetzung dafür ist eine **Energiepotentialanalyse**. Diese muss das Land für seine Regionen erstellen, damit örtliche Planung miteinander abgestimmt werden kann. Regionale Energiekonzepte ermöglichen die regionalen Energienachfragen raumbezogen und handlungsorientiert zusammenzuführen, Partner zu finden, konkrete Projekte zu entwickeln und regelmäßige Erfolgskontrolle vorzunehmen. So kann die Wertschöpfung in der eigenen Region gehalten werden. Wir erwarten, dass die Landesregierung administrative Hindernisse abbaut, z. B. bei der Windenergie, die tragende Säule beim Umbau in Richtung Erneuerbare Energien sein wird. Aber auch die anderen erneuerbaren Energieträger wie Sonne, Erdwärme, Biomasse werden einen Beitrag leisten.

Solarenergie benötigt Fläche. Wir fordern für den RKN geeignete Flächen zu identifizieren und zu nutzen. Insbesondere an öffentlichen Gebäuden sollen Flächen für kommunale Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden.

Windenergie benötigt geeignete Standorte. Diese müssen von der Eignung her bestimmt werden und dürfen nicht durch Restriktionen behindert werden. Wir fordern Windkraftzonen und die optimale Windkrafttechnik mit den höchsten Wirkungsgraden.

Bioenergie

Die Nutzung von Landwirtschaftsflächen im RKN zur Herstellung von Pflanzen für Biogasanlagen sehen wir kritisch. Der RKN verfügt über hervorragende Böden, die weiter zur Lebensmittelproduktion genutzt werden sollen. Es kann nicht sein, dass wir in Deutschland Lebensmittel zur Grundversorgung importieren müssen, weil die eigenen Flächen anders genutzt werden. Die Nutzung von Biogas aus Abfällen im Rahmen der Abfallverwertung ist sinnvoll und soll gefördert werden. Weitere Nutzung im RKN sollte eher restriktiv behandelt werden, zumal wir mit den großen Kraftwerken bereits eine besondere Leistung für die nationale Energieversorgung leisten.

Geothermie

Im Rahmen einer abgestuften Wärmenutzung kann auch die Geothermie einen guten Beitrag leisten. Insbesondere bei der Versorgung von Siedlungsgebieten. Dazu soll im RKN ein Nutzungskonzept im Rahmen des regionalen Energiekonzeptes erstellt werden.

4. Braunkohle und Kraftwerke

Der RKN, insbesondere Grevenbroich, Rommerskirchen und Jüchen gehören zum Rheinischen Braunkohlerevier. Der südliche Kreis trägt in einem hohen Maße zur Energieversorgung der Bundesrepublik bei und hat in diesem Zusammenhang vielfältige Opfer gebracht. Wir erwarten von RWE power, dass dies von den Verantwortlichen ausdrücklich anerkannt wird und Unterstützung seitens des Kraftwerksbetreibers bei Wirtschafts- und Infrastrukturprojekten gewährleistet wird.

Gerade die Braunkohleverstromung muss einen deutlichen Beitrag zur CO₂-Reduzierung beitragen. Der bestehende Tagebau ist durch den Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung gesichert. Nun gilt es, die höchstmöglichen CO₂-Einsparungen bei den Kraftwerken zu erreichen. Die neuen 1.000 MW-BOA-Blöcke in Grevenbroich gehen derzeit in den Betrieb. Nun müssen auch die restlichen 150 MW-Blöcke - wie vereinbart und beschlossen, endlich stillgelegt werden.

Im Rahmen der weiteren Kraftwerkserneuerung fordern wir kleinere Kraftwerkseinheiten mit deutlich besseren Wirkungsgraden, die sich in die Landschaft einfügen und flexibler den Anforderungen des neuen Energiemixes mit Erneuerbaren Energien gerecht werden.

Wir wollen die Stärkung kommunaler Energieversorgung durch eigene Stadtwerke mit eigenen Angeboten aus Erneuerbaren Energien. Kraft-Wärme Kopplung, Energieeinsparung, Energieeffizienz sind kommunale Zukunftsmärkte. Auch hier bietet sich interkommunale Zusammenarbeit an.

5. Unkonventionelle Erdgasgewinnung

Im RKN wird bereits in erheblichem Maß fossiler Rohstoff durch den Braunkohletagebau gefördert. Die Gewinnung von Erdgas aus gashaltigen Gestein (unkonventionelle Erdgasgewinnung) in Poren und Hohlräumen lehnen wir ab. Die Gewinnung dieser Gase erfordert Fördermethoden, die mit starken Umweltrisiken insbesondere für das Grundwasser verbunden sind. Es sind noch erhebliche technische, sicherheitsbezogene, wirtschaftliche und rechtliche Fragen offen. Wir fordern, dass die Bevölkerung in diese Diskussion einbezogen werden muss. Darum muss hier das Bergrecht geändert werden und diese Gasgewinnung aus dem Bergrecht herausgenommen werden.

6. „Innovationsregion Rheinisches Revier“

Die SPD im RKN begrüßt, dass die neue Landesregierung von SPD und Grüne für das rheinische Braunkohlenrevier eine Zukunftsinitiative gestartet hat. Damit ist erstmals anerkannt, dass nicht nur das Ruhrgebiet Hilfen beim Strukturwandel benötigt und erhält. Die Landesregierung will das in der Region vorhandene Potential an Technologie, Wissenschaft, Industriestruktur und gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für den Aufbau einer neuen nachhaltigen Wirtschaftsstruktur nutzen.

Das Programm „Innovationsregion Rheinisches Revier“ hat aus Sicht der SPD im RKN die Aufgabe die regionale Wertschöpfung weiter zu stärken

und unsere Region im Wettbewerb mit anderen Regionen zukunftssicher zu machen.

Die SPD im RKN wird sich aktiv einbringen und das Programm unterstützen. Sie knüpft dabei an ihr Projekt „Den Energiestandort sichern und ausbauen – Zukunft beginnt jetzt“ von 1996/1997 an, das wichtige Beiträge zur Energiepolitik im Braunkohlerevier geleistet hat.

7. Verkehr und Mobilität

Die IHK Niederrhein geht in einer Studie von erheblichen Zunahmen des Verkehrs auf unseren Straßen und auf der Schiene aus. Der Europäische Güterverkehr wächst und die Hochseehäfen in Belgien und den Niederlanden quellen über. Wenn unsere Region nicht in einem Verkehrsinfarkt stecken bleiben will oder reines Transitgebiet für Gütertransporte werden will, müssen hier rechtzeitig Antworten gefunden werden. Es geht um die Aufrechterhaltung der Mobilität in unsere Region und um Wertschöpfung innerhalb der Kette der Güterherstellung.

Logistikzentren mit angeschlossener Verarbeitung und guten Anbindungen können eine Chance sein, nicht nur Belastungen hinzunehmen.

Wir brauchen daher ein regionales Verkehrskonzept, das sinnvoll Straße, Schiene, Wasser und Luftwege aufeinander abstimmt.

Wir wollen eine Zusammenarbeit der Häfen unserer Region fördern. Ein gemeinsamer Hafen Neuss-Düsseldorf-Krefeld-Köln wäre der größte Binnenhafen in Deutschland und hätte große Potentiale für wirtschaftliche Entwicklungen.

Wir brauchen im RKN attraktive Fernverkehrsverbindungen, z.B auch eine Schnellbahnverbindung von den Niederlanden nach Düsseldorf.

Der Eiserne Rhein als Schienenverbindung vom Seehafen Antwerpen in unsere Region bleibt ein vordringliches Projekt.

Der Ausbau und die Verbesserung des ÖPNV bleibt unser Ziel. Langfristig wollen wir den Ausbau der RB 38 von Horrem über Grevenbroich nach Neuss zu einer S-Bahn mit Direktverbindung nach Düsseldorf.

Der SPD-Parteitag beschließt:

Die SPD versteht sich als eine treibende Kraft für nachhaltige Wirtschaft und klimaverträgliche Energiepolitik im Rhein-Kreis Neuss und in den Städten und Gemeinden.

Die Kreispartei und die Kreistagsfraktion werden aufgefordert aus den Zukunftsperspektiven konkrete Anträge für kommunale Politik zu entwickeln. Auf einem Parteitag 2012 soll das Thema Energiewende und Klimaschutz im Rhein-Kreis Neuss weiter behandelt werden.